

Neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen

Projekt Rechtsvergleich Doppik von KGSt und Bertelsmann Stiftung

- Leitgedanken -

Ausgangslage:

Durch die Einführung eines neuen doppischen Haushalts- und Rechnungswesens in Verbindung mit dem produktorientierten Haushalt strebt die Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder ausweislich ihres Beschlusses vom November 2003 bessere finanzielle und strategische Steuerungsmöglichkeiten an. Seither hat sich auf der Basis des IMK-Beschlusses eine kreative und zum Teil vielfältige Breite von Lösungsansätzen in den Ländern ergeben, die die Gesamtheit der Landeshaushaltsrechte für den kommunalen Bereich derzeit prägen.

Wo die Umsetzung bereits in der kommunalen Praxis erfolgte, entstand ein neuer Blick auf Vermögen, Schulden, kommunale Leistungen, den dazu erforderlichen Aufwand und strategische Schwerpunkte der Kommunen. Insgesamt wurde eine inhaltlich erweiterte und verbesserte Basis für politisch-fachliche Auseinandersetzungen und Entscheidungen geschaffen.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und die Bertelsmann Stiftung haben in der Vergangenheit am Entwicklungsprozess von Verwaltungsreform, neuem kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen und Modernisierung des öffentlichen Dienstes in der je eigenen spezifischen Arbeits- und Wirkungsweise nicht nur teilgenommen, sondern die Fach- und politische Diskussion und die Umsetzungsaktivitäten wesentlich gefördert.

Ziel und Schwerpunkte des Projekts:

Die KGSt und die Bertelsmann Stiftung haben eine Kooperation vereinbart, um die Einführung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in Deutschland konstruktiv zu begleiten. Das Kooperationsprojekt stellt die beiden Leitgedanken

Generationengerechtigkeit kommunaler Leistungen und daraus resultierender Belastungen und

Verbesserung der strategischen Steuerung/Integration des Haushalts- und Rechnungswesen in die strategische kommunale Planung

in den Vordergrund.

Im Mittelpunkt des Kooperationsprojekts stehen

der Aufbau einer webbasierten Datenbank mit den landesrechtlichen Regelungen zum kommunalen Haushaltsrecht, damit wird eine Informationsplattform für alle Interessierten bereitgestellt, die auch für Evaluierungsprojekte in Anspruch genommen werden kann, eine Verbesserung der Transparenz soll erreicht werden,

die fachliche Begleitung und Meinungsbildung, es soll ein gleiches Verständnis der Inhalte, Begrifflichkeiten und der Anwendung der Rechtsvorschriften zum kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen gefördert, eine Vereinheitlichung nahegelegt werden.

Die geplante und derzeit im Aufbau befindliche Datenbank soll öffentlich zugänglich die Transparenz über das kommunale Haushaltsrechts steigern, Fachdiskussionen durch übersichtliche Darstellung und schnellen Zugriff erleichtern. Darüber hinaus soll sie interkommunale Vergleiche unterstützen und dabei vor allem Informationen aus Haushalt und Bilanz in ihrer Vergleichbarkeit - auch und gerade bei unterschiedlichen landesrechtlichen Regelungen - handhabbarer machen. Der Blick über den Tellerrand ist nicht nur möglich, sondern auch geplant - internationale Entwicklungen des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens sollen in die Darstellung und Diskussion einbezogen werden.

Die fachliche Begleitung im laufenden Modernisierungsprozess erfolgt auf mehreren Wegen - u. a. ist eine projektbegleitende wissenschaftliche Bearbeitung ausgewählter Schwerpunkte des Haushaltsrechts in Angriff genommen worden -, ist eng mit dem Aufbau und Ausbau der Datenbank verbunden und findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Arbeit eines Beirats. Dieser Beirat besteht aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, kommunalen Führungskräften, Wissenschaftlern mit den Schwerpunkten im Public Management bzw. im öffentlichen Finanz-, Haushalts- und Rechnungswesen. Er greift Auffälligkeiten des neuen Rechts auf, berät die Vorlagen der Projektträger und die Vorschläge zur Anwendung und Weiterentwicklung des kommunalen Haushaltsrechts, arbeitet dazu Positionen und Meinungen heraus und stellt sich für die Öffentlichkeitsarbeit der Projektträger zur Verfügung.

... und zum Schluss ein Plädoyer für den eingeschlagenen Weg der Länder:

Verwaltungsmodernisierung einschl. der Modernisierung eines Kernstücks der kommunalen Politik - des Haushalts und des Rechnungswesens - ist im letzten Jahrzehnt von den Kommunen intensiv diskutiert, partiell erprobt und in vielen beachtenswerten Details erfolgreich umgesetzt worden - die Länder haben dabei die kommunalen Aktivitäten gefördert, kritisch begleitet, mit Impulsen versehen und nicht zuletzt auch gefordert. Das Projekt von KGSt und Bertelsmann Stiftung soll diesen eingeschlagenen Weg nicht nur fortsetzen, sondern tatkräftig fördern, bekräftigen und im Kontakt mit Kommunen und Ländern vorantreiben.